

**Rede des Kreisvorsitzenden Dr. Adi Weiland, MdL  
beim CDU-Kreisparteitag Mayen-Koblenz  
am Samstag, 24. März 2012, in der Vulkanhalle, 56642 Kruft**

Es gilt das gesprochene Wort  
Anrede, Begrüßung,

heute vor einem Jahr standen wir drei Tage vor der Landtagswahl. Seitdem steht die CDU im Land unter Führung von Julia Klöckner geschlossen und kämpferisch gut da.

Daran hat die CDU Mayen-Koblenz mit ihren drei direkt gewählten Landtagsabgeordneten einen wichtigen Anteil. Obwohl wir einzige Oppositionspartei im rheinland-pfälzischen Landtag sind, und es ständig drei zu eins gegen uns steht, bestimmen wir auf Augenhöhe wesentlich die politische Tagesordnung im Landtag und im Land.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für Verlässlichkeit, gesunden Menschenverstand und für die Zukunftsthemen wie demographischer Wandel, solide Finanzen, zukunftsfähige Bildung, zukunfts- und umweltgerechte Mobilität, Kommunalreform aus einem Guss.

Die SPD hat sich von ihrem 10 %-tigen Absturz bei der letzten Landtagswahl nicht mehr erholt. Die Zerfallerscheinungen, Machtkämpfe und Intrigen sind unübersehbar. Die unwürdige Nachfolgediskussion um den Sessel des Ministerpräsidenten wird auf offener Bühne ausgetragen. Das Wolfsrudel fletscht die Zähne, um den Leitwolf zu verjagen. Das ist ein unwürdiges Schauspiel.

Solange es dabei nur um die SPD geht, braucht uns das nicht zu interessieren. Aber es geht um unser Land! Das geht so weit, dass der Ministerpräsident und seine Minister während der Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag die meiste Zeit mit Krisengesprächen außerhalb des Plenarsaals beschäftigt waren. Selbst als es um den wichtigen Tagesordnungspunkt Nürburgring ging, war die Regierungsbank so gut wie leer gefegt.

Dieses unwürdige Schauspiel der Beck-Nachfolge schadet dem Ansehen unseres Landes und bindet Kräfte, die wir eigentlich für die Lösung großer Probleme brauchen, vor denen das Land steht.

Da ist z. B. die verfassungsmäßige Schuldenbremse. Die Verfassung regelt, dass ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden zum Haushaltsausgleich aufgenommen werden dürfen. Um dieses Ziel zu erreichen können wir nicht so weitermachen wie bisher. Wir brauchen ein neues Denken und Handeln in der Haushaltspolitik. Wir müssen uns von den Mechanismen und Instrumenten der alten Schuldenpolitik verabschieden. Die Landesregierung muss endlich erkennen, dass auch sie das alte Gesetz nicht außer Kraft setzen kann, wonach die Höhe der Ausgaben immer der Höhe der Einnahmen zu folgen hat und nicht umgekehrt!

Keine andere Landesregierung hat in den vergangenen Jahren soviel Kreativität darauf verwendet, diesen Zusammenhang zu leugnen, wie die rheinland-pfälzische. Das Ergebnis lautet:

- Rekordverschuldung,
- verfassungswidrige Haushalte,

unsaubere Finanzierungen am Parlament vorbei.

Wenn die Landesregierung hier nicht grundsätzlich umdenkt, rückt das Verfassungsziel eines ausgeglichenen Haushalts in immer weitere Ferne.

Und wie angesichts einer so ruinösen Haushaltspolitik – wie es das Landesverfassungsgericht gefordert hat – bis 2014 der kommunale Finanzausgleich neu geregelt werden soll, steht noch in den Sternen.

Es war die CDU – nicht zuletzt in Mayen-Koblenz – die bereits im Landtagswahlkampf eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und das Einsetzen einer Enquetekommission des Landtags hierzu gefordert hat. Die Enquetekommission hat zwischenzeitlich ihre Arbeit aufgenommen. Auch hier muss die CDU alles daran setzen, diesem Thema ihren Stempel aufzudrücken, weil sonst keine guten Ergebnisse zu erwarten sind. Der verfassungswidrige Zustand der kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz muss jedenfalls aufs Schnellste ein Ende haben.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland,  
Mayen-Koblenz ist ein Flächenkreis.

Hier kann Zukunftsfähigkeit nur gesichert werden, wenn eine funktionierende und moderne Infrastruktur vorhanden ist. Das gilt z. B. für die überregionale Erschließung der Eifel durch die A 1. Seit über 30 Jahren reden wir jetzt über den Lückenschluss. Es ist genug geredet! Es ist jetzt Zeit, zu handeln! Wir haben einen entsprechenden Antrag heute hier vorliegen, über den wir gleich beraten werden, und den ich zur Annahme empfehle.

Moderne leistungsfähige Infrastruktur, das gilt auch für zahlreiche Landesstraßen im Landkreis Mayen-Koblenz:

die L 82 hin zur Kreisgrenze bis Hausten-Morswiesen  
die L 205 zwischen Burgen und Macken  
die L 208 zwischen Rhens und der Untermosel  
die L 309 zwischen Vallendar und Hillscheid  
die L 306 zwischen Sayn und Stromberg,

um hier nur einige zu nennen, gehören mittlerweile zu den am besten ausgebauten Feldwegen in Rheinland-Pfalz.

Es besteht die Gefahr, dass durch die grüne Regierungsbeteiligung die Vernachlässigung des Landesstraßennetzes ideologisch überhöht zum Programm erhoben wird. Da muss man den Grünen sagen: wesentliche Grundvoraussetzung auch für einen leistungsfähigen ÖPNV ist der Erhalt und der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes.

Zur Verkehrspolitik mit unmittelbaren Auswirkungen auf uns in der Region gehört auch die Schiene.

Der Bahnlärm in den Tälern von Rhein und Mosel schadet der Gesundheit der Menschen, mindert den Wohnwert, mindert die Lebensqualität und schränkt die touristischen und damit die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten erheblich ein.

Hiergegen kämpfen wir, hiergegen kämpfen die Landtagsabgeordneten, kämpft die CDU auf Kreis- und Bezirksebene, kämpft die CDU-Kreistagsfraktion seit Jahren.

Und wir freuen uns, dass auch die kommunalen Gebietskörperschaften, Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, der Landkreis zunehmend öffentlich als Mitstreiter und Unterstützer in Erscheinung treten.

Hier sind bereits viele Verbesserungen erreicht worden. Weitere Maßnahmen werden dazu kommen müssen. Wir stehen mit der Bürgerinitiative Bahnlärm im engen Kontakt und sind in Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung.

Aber eins ist auch klar:

wenn wir die Menschen vom Bahnlärm wirkungsvoll entlasten wollen und wenn wir gleichzeitig zusätzliche Kapazitäten für den prognostizierten Gütertransportzuwachs auf der Schiene brauchen, geht das nur mit einer Alternativstrecke auf der Nord- Süd-Achse.

Als Josef Dötsch und ich nach intensiven vorbereitenden Gesprächen mit der DB u. a. in Saarbrücken bereits 2007 eine Alternativstreckenkonzeption unter

Einbeziehung der Eifelstrecke gefordert haben, sind wir von nicht wenigen belächelt worden. Mittlerweile schreibt das Umweltbundesamt in seiner „Ausbaukonzeption für einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr in Deutschland“:

„Die Eifelstrecke über Gerolstein und Bitburg muss zu einem Bypass ausgebaut werden, der die Frankreich-Verkehre von der hochgradig belasteten Rheinschiene und der Moselstrecke abzieht“. Und es ist gut und nur konsequent, dass der Bund im Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern eine Studie beauftragt hat zur Realisierung einer Alternativstrecke zum Mittelrheintal.

Unsere Aufgabe ist jetzt, bei den politisch Verantwortlichen in Bund und Land weiter mit allem Nachdruck für eine solche Alternativstrecke zu werben. Und dem oft zu hörenden Einwand: das ist eine Lösung für den „St. Nimmerleinstag“ muss man entgegen halten: je schneller wir anfangen, umso schneller haben wir sie die Alternativstrecke. Und, dass das machbar ist, sehen wir am Beispiel der noch von Bundeskanzler Kohl vorangetriebenen Schnellverbindungsstrecke zwischen Köln und Frankfurt.

Am vergangenen Donnerstag haben die Räte der Verbandsgemeinden Untermosel und Rhens einen Fusionsvertrag zur Bildung einer neuen Verbandsgemeinde Rhein-Mosel beschlossen. Wenn jetzt infolge auch noch die Mehrheit der Ortsgemeinderäte dem zustimmt, wird bei der Kommunalwahl 2014 die Bildung der neuen Verbandsgemeinde mit 27.000 Einwohnern vollzogen.

Ich bin allen dankbar, die diese Fusion begrüßen und unterstützen, vor allem auch all denen, die sie am Anfang überhaupt nicht auf dem Schirm hatten oder in anderen Richtungen unterwegs waren.

Um es gleich vorweg zu sagen:

diese Fusion ist nicht die Lösung aller Probleme, das kann sie nicht sein, das hat sie von sich nie behauptet und mit unerfüllbaren Erwartungen sollte man sie auch nicht belasten.

Diese Fusion ist ein Beitrag der Kommunalpolitik in ihrem Verantwortungsbereich die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Die Vorteile liegen auf der Hand:

effizientere Verwaltungsstrukturen durch Ausnutzung an Synergieeffekten

Vereinfachung von Abläufen durch die Angleichung von Standards.

Einsparungen durch Abbau von Doppelstrukturen

um nur einige Punkte zu nennen.

Diese Fusion ist ein Zeichen für die vielen Bürgerinnen und Bürger, die mittlerweile daran zweifeln, dass sich in unseren eingefahrenen, unbeweglich scheinenden Strukturen überhaupt noch etwas ändern lässt.

Diese Fusion ist ein Zeichen für die hohe Problemlösungskapazität der kommunalen Ebene und ihrer Funktions- und Mandatsträger, wenn man sie nur machen lässt.

Diese Fusion ist auch ein Zeichen für die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie, wenn Entscheidungen, auch schwere Entscheidungen, nicht nur im nachhinein exekutiert sondern schon im Vorfeld intensiv kommuniziert werden und aus den Meinungsbildungs- und Entscheidungswegen kein Geheimnis gemacht wird.

Die Verantwortlichen dieser Fusion haben aus der festen Überzeugung gehandelt, die beiden Verbandsgemeinden und die Eigenständigkeit ihrer Ortsgemeinden zukunftsfest zu machen.

Diese Fusion stärkt aber auch den Landkreis Mayen-Koblenz für zukünftige Überlegungen z. B. im Rahmen einer Kreisreform.

Die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag hat der Landesregierung erst am Donnerstag wieder eine echte Zusammenarbeit bei diesem schwierigen Thema angeboten – unter einer einzigen Bedingung: dass, das auf Augenhöhe geschieht.

Die Vorstellungen der CDU sind dabei klar:

wir müssen endlich klären,  
auf welcher Verwaltungsstufe  
mit welchen Standards  
mit welchem Aufwand  
mit welcher Organisationsstruktur  
eine Verwaltungsaufgabe effizient wahr genommen wird.

Die Frage nach dem gebietsmäßigen Zuschnitt kann dann nur im Zusammenhang mit diesen Fragen beantwortet werden. Und in diesen Zusammenhang gehört dann auch die Regelung der Finanzausstattung.

Das meinen wir, das meint die CDU, wenn sie von einer „Lösung aus einem Guss“ spricht. Wir sind zur Zusammenarbeit mit der Landesregierung bereit und hierfür gut aufgestellt im engen Schulterchluss von Landes-CDU und unserer kommunalen Familie.

Wir wählen heute einen neuen Kreisvorstand. Das gibt mir Anlass, den Mitgliedern des alten Kreisvorstandes zu danken für ihre vertrauensvolle Mitarbeit in den vergangenen zwei Jahren in 14 Kreisvorstandssitzungen im Kreisparteiausschuss bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Kreisparteitag, Delegiertenversammlungen und Nominierungs- und Wahlkampfveranstaltungen.

Mein Dank geht an Carla Diede, Edeltrud Riepert und Yvonne Riedl.

Ihnen allen danke ich für die Unterstützung in den vergangenen zwei Jahren und Ihre Aufmerksamkeit.